

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Ruverträge die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die Abgabepostens Poststelle für Anzeigen aus Aue und Umgegend 50 Pfennige, auswärts 60 Pfennige, 25 Pfennige, 40 Pfennige, 50 Pfennige, 60 Pfennige, 70 Pfennige, 80 Pfennige, 90 Pfennige, 100 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 117

Freitag, den 20. Mai 1927

22. Jahrgang

### Preußens Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn.

Kein Widerstand der Reichsregierung.

Berlin, 18. Mai. Die in einem Teil der Presse aufgestellte Behauptung, die Reichsregierung weigere sich trotz des Leipziger Urteils, den Anspruch Preußens auf Abordnung eines Vertreters in den Verwaltungsrat der Reichsbahn anzuerkennen, entspricht keineswegs den Tatsachen. Sofort als das Leipziger Urteil durch die Presse bekannt wurde, ist im Auftrage des Reichszanlers mit dem preussischen Staatsministerium Rücksprache genommen und der Wunsch ausgesprochen worden, nach nunmehriger Klarstellung der Sachlage baldigt zu einer Erledigung dieser Angelegenheit zu kommen. Weiderseits wurde darauf vereinbart, zunächst das Urteil mit seinen Entscheidungsgründen abzuwarten. Einzuwenden ist aber das Urteil weder bei der

Reichsregierung noch bei der preussischen Staatsregierung eingetroffen.

Ebenso wenig entspricht die Meldung den Tatsachen, daß der Reichszanler zur Beilegung des Streitpunktes zwischen Reich und Preußen eine besondere Kabinetts-Sitzung für morgen angelegt und hierzu den preussischen Ministerpräsidenten besonders eingeladen habe. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat der Reichszanler bereits vor einigen Monaten in einer eingehenden Aussprache mit dem preussischen Ministerpräsidenten die vorhandenen Streitpunkte festgestellt und ihre mögliche baldige Beilegung in mehrfachen Besprechungen des Reichskabinetts und der sonstigen beteiligten Stellen in die Wege geleitet.

### Erst Frühstück, dann Politik.

Präsidentenbesuch und Russenkonflikt.

London, 18. Mai. Mit Rücksicht auf die Teilnahme zahlreicher Kabinettsmitglieder an dem heutigen Frühstück in der Guildhall zu Ehren des französischen Präsidenten Doumergue und des französischen Ministers des Auswärtigen wurde die übliche Mittwochs-Sitzung des Kabinetts auf Donnerstag verschoben, so daß die Frage der englisch-russischen Beziehungen erst an diesem Tag beraten werden kann.

Vor dem Guildhall-Frühstück wurde eine Begrüßungsadresse der City von London an den französischen Präsidenten verlesen, in der es heißt: „Wir hoffen, daß ebenso wie Euer Land und unser eigenes Land an Seite des ganzen Krieg durchschritten, Frankreich und Großbritannien Seite an Seite helfen mögen, eine friedliche Lösung der schwierigen Probleme, denen die zivilisierte Gesellschaft gegenübersteht, zustande zu bringen.“

Der Vormahor überreichte hierauf dem Präsidenten Doumergue ein goldenes Kästchen.

In seiner Antwortrede erklärte Präsident Doumergue u. a.: Die althergebrachte tiefe gegenseitige Achtung hat beide Völker auf den Weg der Entente cordiale gebracht, als der Lauf der Ereignisse sie die enge Solidarität ihrer großen nationalen Interessen entde-

cken ließ sowie den glücklichen Einfluß, den ihre gemeinsame Aktion in der Welt für die Aufrechterhaltung des Friedens ausüben könnte. Wenn dieser Frieden trotzdem durch einen furchtbaren Krieg hat gestört werden können, so wird die unparteiliche Geschichte Großbritannien und Frankreich die Verantwortlichkeit widerfahren lassen, daß sie im Jahre 1914 bis zur letzten Minute alles getan haben, was zu tun möglich war, um den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhindern. Die Freundschaft und die Entente cordiale beider Völker bildet heute noch mehr als in der Vergangenheit ein wertvolles Moment des Friedens, das der Welt die Sicherheit gibt, deren sie bedarf.

Besprechung Briand-Chamberlain.

London, 18. Mai. Amtlich wird mitgeteilt: Briand und Chamberlain hatten längere, sehr freundschaftliche Unterredungen, in deren Verlauf sie die verschiedenen internationalen Probleme prüften. Die Besprechungen ergaben vollständige Übereinstimmung der Auffassungen. Beide stellten erneut die Festigkeit der Entente cordiale zwischen Frankreich und Großbritannien, sowie die Notwendigkeit fest, die Entente als sicherste Grundlage des europäischen Friedens zu stärken.

Beziehungen I

London, 18. Mai. Die Blätter veröffentlichen eine Anweisung des russischen Geschäftsträgers und des Vorsitzenden der Handelsdelegation an das Personal der russischen Gesandtschaft und der Handelsdelegation, in der alle Angestellten unter Androhung sofortiger Entlassung aufgefordert werden, sich jeglicher Handlungen zu enthalten, die als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Großbritanniens ausgelegt werden könnten.

Der politische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ vertritt die Auffassung, der Besuch des Präsidenten Doumergue stehe im Zusammenhang mit der russischen Lage. Der Berichterstatter sagt weiter, in ministeriellen Kreisen werde erklärt, daß einige der im Zusammenhang mit der Arkos-Massila festgestellten Tatsachen als Staatsgeheimnisse behandelt werden müßten. Es ist jetzt anscheinend nicht die Ansicht vorherrschend, daß, wenn die neuesten Ereignisse zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland führen würden, der Friede Europas in Gefahr sein würde.

Eine Erklärung des Londoner Sowjetgeschäftsträgers zur Hausfuchung bei der Arkos.

London, 19. Mai. Der Sowjetgeschäftsträger in London gab gestern abend die Erklärung ab, daß unter den von der Polizei beschlagnahmten Briefen ein mit den Worten „Persönlich, durchaus geheim!“ bezeichnetes Brief an den Vorsitzenden der Handelsdelegation gewesen sei, der Staatsdokumente, darunter wichtige Beschlüsse des Rates für Arbeit und Verteilung, betreffend den Außenhandel, enthielt.

Boycott britischer Waren in Indien.

Bombay, 18. Mai. Der Allindische Volkungsausschuß des Nationalkongresses nahm eine Entschlossenung an, in der der Boykott britischer Waren als wirksamstes Mittel zur Erreichung der Selbstverwaltung gefordert wird.

### Umwandlung von Goldbeständen der Reichsbank in Devisen.

Die Reichsbank hat in den letzten Tagen einen Teil ihrer Golddepots in Newyork und London in Devisen umgewandelt. Die Newyorker Abgabe beläuft sich nach der „Täglichen Rundschau“ auf drei Millionen Dollar, die Londoner Abgabe auf 500 000 Pfund. Diese Abgaben bedeuten eine Vermehrung der verfügbaren Devisen um insgesamt 22,9 Millionen Reichsmark.

Das prinzipiell Bedeutsame an der Operation ist, so schreibt das Blatt, daß die Reichsbank nunmehr endlich offen dazu übergegangen ist, ihren Goldschatz nicht mehr als eine tote thesaurierte Deckungsmasse zu behandeln, sondern als eine Mandatiermasse, wie es den Regeln des „Funktionierens“ einer Goldwährung entspricht.

Besprechung der Finanzminister der Länder.

Berlin, 18. Mai. Im Reichsfinanzministerium beschäftigte sich heute eine Zusammenkunft der Finanzminister der Länder mit dem zurzeit dem Reichskabinettt vorliegenden Entwurf des Steuervereinfachungsgesetzes, seinem Aufbau und seinem wesentlichen Inhalt. Ueber die Ziele und Grundsätze des Entwurfes bestand in weitem Umfange Übereinstimmung, im übrigen fand eine von gegenseitigem Vertrauen getragene Aussprache über eine Reihe von Einzelfragen statt. Es wurde in Aussicht genommen, die Einzelheiten der vorgeschlagenen Regelung mit den Sachbearbeitern der Länder weiter zu erörtern und dadurch die Einheitlichkeit der Urteile für die weitere Behandlung der Angelegenheit zu sichern.

### Ablehnung der Kohlenpreiserhöhung durch den Reichskohlenrat.

Berlin, 18. Mai. Der Reichskohlenrat hatte in seiner Sitzung vom 18. Mai sich mit den Preiserhöhungsanträgen des Ruhrkohlenyndikates und der Mitteldeutschen und Ostelbischen Braunkohlenyndikate zu befassen. Die Erörterungen haben ergeben, daß die Lage des Ruhrbergbaues sich nicht so günstig darstellt, wie es die Öffentlichkeit bisher anzunehmen pflegte. Trotzdem und mit Rücksicht auf die Gesamtwirtschaft haben sich die Organe der Kohlenwirtschaft nicht entschließen können, einer Preiserhöhung für die Ruhrkohle zuzustimmen. Der Preiserhöhungsantrag des Ruhrkohlenyndikates wurde abgelehnt.

Bestimmlich der Anträge der Braunkohlenyndikate, die ausschließlich auf eine Preiserhöhung des Hausbrandes gerichtet waren, wurden die zur Begründung beigebrachten Unterlagen nicht als ausreichend erachtet. Es wurden zwei Ausschüsse eingesetzt, die zunächst in eine eingehende Prüfung darüber eintreten sollen, ob und inwieweit das von den beiden Braunkohlenyndikaten beigebrachte Material für eine Preiserhöhung stichhaltig ist.

### Serruis über die deutsch-französischen Handelsbeziehungen.

Dresden, 18. Mai. Serruis erklärte einem Senfer Berichterstatter eines hiesigen Blattes über die Frage der deutsch-französischen Handelsvertragsbesprechungen u. a.: Bei uns sind alle tonangebenden Kreise für eine wirtschaftliche Verständigung mit Deutschland. Wir wünschen baldigste Wiederaufnahme der Verhandlungen und sind bereit, unter die Mindestsätze herunter zu gehen. Ich hoffe, daß der Vertreter Deutschlands, Staatssekretär Dr. Trendelenburg, ebenso wie ich, die Besprechungen im Geiste unserer Senfer Entschlossenheit führen werde. Wir können unsere starke Entwicklung der Nachkriegsindustrien, zu denen die mechanische und chemische gehören, ebenso wenig preisgeben, wie die belgische Baumwollindustrie. Berücksichtigt man auf deutscher Seite diese wirtschaftlichen Grundbedingungen der französischen Politik, so würden auch wir bereit sein, für 2½ Milliarden Markterfranken deutsche Produkte anzunehmen. Ich gebe zu, daß unser neuer Zolltarif einige weit vorgetriebene Stützen zeigt, aber es wird möglich sein, die Angleichung an eine neu geschaffene Lage durchzuführen. Wünschenswert wäre eine rasche Wiederaufnahme der deutsch-französischen Besprechungen, um die Kammer nicht zu einer Berechtigung gefahrter Beschlüsse zu nötigen.

### Was noch in der russischen Protestnote steht.

Moskau, 18. Mai. In der umfangreichen Protestnote gegen die Hausfuchung bei der Arkos wird u. a. noch erklärt, daß, obwohl die Arkos rechtlich eine englische Gesellschaft sei, die Sowjetregierung auch gegen die Hausfuchung bei der Arkos protestiere, da sie geeignet sei, die Sowjetinteressen, die mit der Tätigkeit der Arkos verknüpft sind, zu schädigen. Die Note erklärt dann zu den Vorgängen in den Räumen der eigentlichen Handelsdelegation: Wenn nach dem Vertrag von 1921 der offizielle Handelsvertreter der Sowjetunion das Recht zu chiffrierter Korrespondenz habe, so sei klar, daß diese Korrespondenz und die Bifferanschlässe keinesfalls von Beamten eines anderen Staates ohne Zustimmung des russischen Vertreters eingesehen werden dürften. Weiter wird an die Note Chamberlains vom 28. Februar erinnert und ausgeführt, der Hinfälligkeit der in dieser Note gegen die Sowjetregierung erhobenen Beschuldigungen könne die Sowjetregierung die ganz unbestreitbare Beilegung des Handelsvertrages von 1921 durch die britische Regierung und die verletzende Behandlung von Personen, die das Recht diplomatischer Immunität genießen, bei völliger Ignorierung der Forderungen des Völkerrechts und der allgemein anerkannten Gebräuche entgegensetzen. Die Sowjetregierung habe mit Befriedigung die in der allerletzten Zeit in der Londoner City zutage tretende Verstärkung des Interesses gegenüber dem Sowjetmarkt und das wachsende Vertrauen zu Sowjetwirtschaftsorganisationen festgestellt. Die in letzter Zeit verstärkte und von Mitgliedern der britischen Regierung geförderte unerhört feindselige Hege, deren Höhepunkt die Arkos-Angelegenheit sei, zwingen jedoch die Sowjetregierung, die britische Regierung mit allem Nachdruck zu fragen, ob sie eine weitere Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen mit Rußland wünsche. Die Sowjetregierung fordere eine klare ungewandelte Antwort.